

II-1346 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

~~Republik Österreich~~
Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

Wien, am 25. März 1991
GZ.: 10.101/59-XI/A/1a/91

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

419 IAB
1991 -03- 26
zu 417 J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 417/J betreffend Energieverbrauch von Bundesgebäuden, welche die Abgeordneten Langthaler, Anschober und Freunde am 30. Jänner 1991 an mich richteten, stelle ich fest:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Folgende Bundesgebäude (Bundeshochbau, ausgenommen Bahn und Post) befinden sich im Eigentum der Republik Österreich (Stand Jänner 1991):

Burgenland	495
Kärnten	734
Niederösterreich	1549
Oberösterreich	1095
Salzburg	875

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Steiermark	1425
Tirol	858
Vorarlberg	229
<u>Wien</u>	<u>1104</u>
Österreich	8364

Zu Punkt 2 der Anfrage:

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten erfaßt seine Bundesgebäude nach deren Rauminhalten gemäß ÖNORM B 1800. Für Österreich generell betragen diese 64,850.000 m³ und für Wien im speziellen 26,240.000 m³ (40,46 %).

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Von den vom Bund genutzten Objekten (Bundesgebäude und ein Großteil der Einmietungen) sind, bezogen auf die Gesamtkubatur mit Stichtag 1. Jänner 1990, etwa 45 % an die Fernwärme angeschlossen. Weitere 30 % werden mit Heizölen beheizt (darunter befinden sich nur mehr 40 Objekte mit Heizöl Mittel und 2 mit Heizöl Schwer). Weitere 20 % der Objekte werden mit Gas versorgt. Der Anteil der Elektroheizungen beträgt 3 %, jener mit festen Brennstoffen etwa 2 %.

Der Anteil der Heizungsform "Gasetagenheizungen" an der Gasversorgung (in der Regel Gas-Zentral), jener der Einzelöfenfeuerung ist gemessen an den Gesamtkubaturen bzw. an den verbrauchten Mengeneinheiten gering und aus den verfügbaren Daten nicht gesondert entnehmbar. Das gleiche gilt für die Differenzierung "Nachtspeicher-elektrisch" und "Elektrisch".

~~Republik Österreich~~

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

Zu Punkt 4 der Anfrage:

Die Beschaffung des Heizmaterials für Bundesgebäude und Einmietungen sowie deren Budgetierung obliegt ausschließlich den benutzenden Ressorts.

Zu Punkt 5 der Anfrage:

Die Mengeneinheiten der für Heizzwecke bei den Bundesgebäuden eingesetzten Energieträger betragen:

Energieträger	Mengen- einheit	Österreich	Wien
		Gesamt- verbrauch	Gesamt- verbrauch (Stand 1989)
Heizöl - Extraleicht	t	1749,13	294
Heizöl - Leicht	t	39045,77	5703
Heizöl - Mittel	t	7279,09	2558
Heizöl - Schwer	t	1884,00	1656
Steinkohle	t	11,46	0
Braunkohle	t	16831,60	369
Koks	t	6690,17	0
Holz	t	1983,28	0
Erdgas	1000 m3	37718,23	4552
Stadtgas	1000 m3	3515,00	0
Elektro	MWh	23538,58	1666
Fernwärme	MWh	420885,06	226144
Alternative Energien	MWh	18,00	0

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 4 -

Zu Punkt 6 der Anfrage:

Die bei den vom Bund genutzten Gebäuden (Bundesgebäude und Einmietungen) aufgetretenen Emissionen betragen:

Emittenten in t

Energieträger	be. Gebäude Österreich			
	NOx	SO2	CO2	CxHy
Heizöl-Extraleicht	2,4	6,8	5.730,2	0,7
Heizöl-Leicht	65,6	229,6	127.913,9	16,4
Heizöl-Mittel	28,7	83,6	23.278,5	3,0
Heizöl-Schwer	13,6	36,9	6.652,2	0,9
Steinkohle	0,02	0,1	3,0	0,1
Braunkohle	5,6	88,9	17.959,3	92,6
Koks	13,1	63,7	19.481,8	1,9
Holz	2,1	0,3	2.629,8	2,6
Erdgas	59,0	0	76.750,6	7,4
Stadtgas	0	0	0	0
Elektro				
Fernwärme				
Alternative Energien				
Gesamtsumme	190,12	509,9	280.399,3	125,6

~~Republik Österreich~~

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 5 -

Wien im speziellen				
Energieträger	NOx	SO ₂	CO ₂	CxHy
Heizöl-Extraleicht	0,4	1,1	963,0	0,1
Heizöl-Leicht	9,6	33,5	18.683,0	2,4
Heizöl-Mittel	10,1	29,4	8.180,0	1,0
Heizöl-Schwer	10,6	32,5	5.170,0	0,7
Steinkohle	0	0	0	0
Braunkohle	0,5	2,0	731,0	3,0
Koks	5,1	24,7	7.568,0	0,7
Holz	0	0	0	0
Erdgas	6,6	0	8.521,0	0,8
Stadtgas	0	0	0	0
Elektro				
Fernwärme				
Alternative Energien				
Gesamtsumme	42,9	123,2	49.816,0	8,7

Für die Energieträger Elektro und Fernwärme können keine Angaben über Emissionen gemacht werden, da hierfür die jeweiligen Erzeuger (z.B. Wiener E-Werke, Wiener Heizwerke/HBW) zuständig sind.

Die Emissionen des Stadtgases sind dem Anteil Erdgas zugeordnet.

Zu Punkt 7 der Anfrage:

Die jeweiligen Anteile der Emissionen (Österreich generell, Wien im speziellen) an den gesamten Luftemissionen aus Verbrennungsvorgängen in Österreich betragen:

Emissionen aus Verbrennungsvorgängen (t)

	SO ₂	%	NO _x	%	C _x H _y	%	CO ₂	%
Österreich gesamt	119.000	100	205.000	100	175.000	100	56.500.000 (65.200.000)	100 (100)*
be. Österr. Gebäude	510	0,43	190	0,9	126	0,07	280.399	0,50 (0,43)*
be. Gebäude Wien	123	0,10	43	0,02	9	0,01	49.816	0,09 (0,08)*

* Inklusive biogene Brennstoffe

Dr. Wolfgang Schlüssel
Wirtschaftsminister

Republik Österreich

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 7 -

Zu Punkt 8 der Anfrage:

Die Emissionen der Bundesgebäude wurden errechnet. Die Richtwerte der durchschnittlichen "Emissionsfaktoren" wurden dem Energiebereich 1990 der Österreichischen Bundesregierung entnommen.

Darüberhinaus erfolgen Kontrollmessungen durch die Energie-Sonderbeauftragten im Zuge der regelmäßigen Überprüfungen der Heizungsanlagen in Bundesgebäuden (Brennereinstellungen, Abgasmessungen etc.) und insbesondere auch im Zuge der Kontrollen nach dem Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen BGBl.Nr. 380/1988.

Zu den Punkten 9 und 10 der Anfrage:

Nach 1995 können jene Bundesgebäude in Wien nicht mit Fernwärme versorgt werden, welche lagemäßig ungünstig bzw. nicht im Einzugsbereich des Fernwärmenetzes der HBW liegen. Das Leitungsnetz der HBW nach 1995 ist derzeit noch nicht bekannt. Grundsätzlich ist jedoch festzustellen, daß im Raum Wien im Jahre 1989 bereits 65 % der Gesamtkubatur aller Bundesgebäude an das Fernwärmenetz angeschlossen waren. Dazugekommen sind im Jahre 1990 Gebäude mit insgesamt ca. 320.000 m³ Rauminhalt. Dies entspricht einem Versorgungsanteil von nunmehr etwas mehr als 66 %. Mit den Umstellungen wird je nach Verfügbarkeit der Mittel kontinuierlich fortgefahren.

Zu Punkt 11 der Anfrage:

Alle Bundesgebäude fallen unter lit. g).

Zu Punkt 12 der Anfrage:

Die Daten liegen nicht in der gewünschten Form vor. Eine Aufbereitung für alle Bundesgebäude würde einen Verwaltungsaufwand von mehreren Mann-Jahren erfordern und kann mit der zur Verfügung stehenden Kapazität nicht erfolgen.

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 8 -

Zu Punkt 13 der Anfrage:

Der Bund setzt bei seinen Bundesgebäuden laufend Maßnahmen zur Energieeinsparung. Diese bestehen einerseits in regelmäßigen Kontrollen durch die Energie-Sonderbeauftragten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten an den Heizanlagen im Sinne eines optimalen Betriebes und andererseits in Investitionen in Heizungsumstellungen auf umweltfreundliche Brennstoffe und in die Verbesserung der Bausubstanz (Ausstattung von Fenstern mit Isoliergläsern, Anbringung von Wärmedämmungen an Fassaden etc.). Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten ist in diesem Sinne bemüht, jährlich rd. 14 % des Instandsetzungsbudgets für Energiesparmaßnahmen zu binden. In den Jahren 1987 bis 1990 wurden für Energiesparmaßnahmen insgesamt rd. 930 Millionen Schilling ausgegeben.

Eine Kontrolle der tatsächlich erzielten Energieeinsparungseffekte insgesamt, welche sich neben den hochbaulich und haustechnisch gesetzten Maßnahmen natürlich auch aus dem unmittelbaren Benutzerverhalten ergeben, erfolgt durch die jährlich durchgeführte Energieverbrauchsstatistik des Bundes.

Zu Punkt 14 der Anfrage:

Die Bezahlung der Heizkosten fällt gemäß einer Richtlinie für die Bundesgebäudeverwaltungen in die Zuständigkeit des jeweiligen Nutzerressorts.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten hat durch seine Richtlinien für den erhöhten Wärmeschutz beispielgebend gewirkt. Selbst die später abgeschlossene Länder-Vereinbarung nach Art. 15a B-VG liegt, was die isoliertechnischen Werte betrifft, ungünstiger. Bei der Beurteilung von Planungen von

Republik Österreich

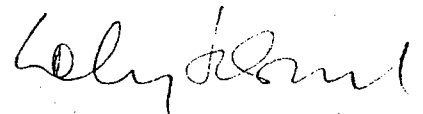
Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 9 -

Bauvorhaben wird die Einhaltung dieser Richtlinien jeweils geprüft. Ebenso werden wärmetechnische Maßnahmen z.B. bei General-sanierungen an diese Richtlinien angepaßt. Damit ist dokumentiert, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten dem Wärmeschutz höchste Bedeutung beimißt.

In den meisten Fällen kommen die Vorschläge für bauliche Maßnahmen zur Energieeinsparung von der Bundesgebäudeverwaltung und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Die Einsparungen von Energie im Betrieb, wie z.B. die Einhaltung der max. Raumtemperatur von 20 Grad Celsius liegt im Verantwortungsbereich des jeweiligen Amtsvorstandes (1 Grad Celsius Temperaturunterschied entspricht 6 % Energie-Mehr- oder Minderverbrauch).



Beilage

BEILAGE zu Z1.10.101/59-XI/A/1a/91

